

V0587/16

öffentlich



Bürgergemeinschaft Ingolstadt, Milchstraße 4, 85049 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Christian Lösel

Datum 21.07.2016

Telefon (0841) 99 34 78 50

Telefax (0841) 99 34 78 53

E-Mail fraktion@bg-in.de

Gremium	Sitzung am
Stadtrat	28.07.2016
Ausschuss für Stadtentwicklung, Ökologie und Wirtschaftsförderung	11.10.2016
Kultur- und Schulausschuss	12.10.2016
Finanz- und Personalausschuss	19.10.2016
Stadtrat	27.10.2016

Neubau Mittelschule Friedrichshofen -Antrag der BGI-Stadtratsfraktion vom 20.07.2016-

Antrag

Beim Neubau der Mittelschule Friedrichshofen sollen die Prinzipien des pädagogischen Schulbaus beachtet und in die Planungen miteinbezogen werden, damit diese Mittelschule für zukünftige Schulneubauten als Orientierungshilfe und Modell dienen kann.

Begründung

Moderne Schulen sollen heutzutage nicht mehr betonierte Lernhindernisse sein, sondern vielmehr zeitgemäßes Lernen ermöglichen. Dabei müssen sich die Schulen vermehrt insbesondere drei wichtigen Aufgaben stellen, nämlich den Anforderungen, die durch Ganztagsbetrieb, Inklusion und Integration entstehen. Sämtliche daraus entstehenden Ansprüche müssen gleichermaßen und zur Zufriedenheit von Schülern, Lehrern und Eltern erfüllt werden.

Deshalb muss beim Bau dieser Schulen von anderen räumlichen Voraussetzungen im Vergleich zur Regelschule ausgegangen werden. Es muss nicht nur Raum für eine ganzheitliche Bildung, sondern auch für Förderung und Differenzierung geschaffen werden. Bei den Unterrichtsräumen soll daher vorrangig das Prinzip des Lernclusters zur Anwendung kommen. Dies bedeutet, dass Klassen einer Jahrgangsstufe einen abgegrenzten, abschließbaren Bereich bekommen, der neben den Klassenzimmern, Garderoben und Sanitärbereichen zusätzlich über einen Teamarbeitsraum für Lehrer und einen großzügigen Flur, der auch nutzbar ist, verfügt. Auch die Freizeitgestaltung

wird künftig einen hohen Stellenwert einnehmen. Daher ist der Außenbereich mit verschiedenen Zonen für Bewegung und Ruhe, Schulgarten, Schulteich oder ähnlichem anzulegen.

-2-

Das Prinzip der Barrierefreiheit muss dabei aufgrund des Inklusionsgedankens für alle Schüler gelten, die Bewegungsmöglichkeiten im gesamten Gebäude, die leichte Bedienbarkeit der Software für digitale und technische Medien sowie die ungehinderte Benutzung von Mobiliar und Unterrichtsmaterialien müssen gewährleistet sein. Die derzeit gängige Praxis, jedem Schüler zwei Quadratmeter an Raumfläche zur Verfügung zu stellen, ist unter den vorgenannten Bedingungen mit dem pädagogischen Schulbau nicht zu vereinbaren, es muss deutlich mehr Raum zur Verfügung gestellt werden.

gez.
Georg Niedermeier

gez.
Ulrike Hodek

gez.
Christian Lange
Fraktionsvorsitzender

gez.
Jürgen Siebicke